

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

352 (1.8.1918) Abendblatt

# Badischer Beobachter

Abendblatt

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Nr. 4.25; (b. d. Post) 4.70 (Deutschland) durch die Post Nr. 4.70 ohne Bestellgeld; Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt 10 Pf.

Kernsprecher Nr. 535

Notationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckeret Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben: Morgens: Sechsmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen“, „Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Beilagen: J. B. W. H. für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wabl; für Anzeigen und Kleinanzeigen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Anzeigenpreis: Die achtsp. Kolonnette 25 Pf., Neuanzeigen 1.20, je mit 80% Zehrerungszuschlag. Bei Wiederholung Nachschlag nach Tarif. — Anzeigen vermittelt alle Anm.-Expeditionen. — Schluss der Anzeigenannahme vorm. 7 1/2 Uhr bzw. nachm. 7 1/2 Uhr.

Postfach: Karlsruhe 4844

## Der Krieg zur See.

13000 Tonnen versenkt.

Berlin, 31. Juli. (W.L.B. Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz versenkte unsere Unterseeboote 13000 Bruttoregistertonnen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Verschiedene Kriegsnachrichten.

### Englische Zukunftsvorstellung.

Bern, 31. Juli. (W.L.B.) Nach dem Unterhausbericht über die Sitzung vom 23. Juli fragte der frühere englische Handelsminister Munciman bei der Erörterung über die Frage der Behandlung der feindlichen Banken, inwiefern die Politik der Regierung sich auf Maßnahmen mit den Verbündeten Englands stütze. Er wolle zwar das französische oder das amerikanische Volk nicht beschuldigen, doch es den Wunsch hätte, England seine bisher innegehaltene Position als finanzielles Zentrum zu behalten, aber es gebe doch kluge französische und amerikanische Firmen, die nach dem Kriege naturgemäß ihr Möglichstes tun würden, um für ihr eigenes Land und für ihre eigenen Vorteile die Stellung zu erhalten, die bisher London und Londoner Notierungen allein eingenommen hatten. Die Tendenz des Goldmarktes innerhalb der letzten Jahre, die ungleicheren Aktien Englands und die Tatsache, daß England seit langem den Goldstandard aufgegeben habe, hätte dazu geführt, die Vorherrschaft Londons als das finanzielle Zentrum der Welt ernstlich zu erschüttern.

### Finnische Auszeichnungen für Hindenburg und Ludendorff.

Berlin, 31. Juli. (W.L.B. Amtlich.) Die finnische Abordnung, bestehend aus dem finnischen Gesandten in Berlin, Staatsrat Exzellenz Gust, Generalmajor Ignatius, Legationsrat Baron von Wonsdorff und Major von Griepenberg, traf heute in der Reichskanzlei bei der Obersten Seeresleitung ein und überbrachte dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem Ersten Generalquartiermeister Ludendorff das Großkreuz des finnischen Freiheitskreuzes. Von der Reichskanzlei begab sich die Abordnung weiter auf den Kriegsschauplatz.

### Die freien Gewerkschaften an die „Arbeiter im Ausland“.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht einen Artikel zum 1. August; darin sagt es u. a.: Die Friedensschonung nimmt uns gefangen. Aber nicht um die Hoffnungen im Lager der Gegner zu erfüllen, die des nahen Glanzes sind, unser Volk würde verräterisch im eigenen Lande die Geschäfte derjenigen besorgen, die bereit sind, uns ihre militärische Macht zu lassen. Wenn ihr Arbeiter im Ausland glaubt, daß wir zu diesem verräterischen Streich fähig wären, so irt ihr Euch und ihr dürft weder auf diese Hoffnung eueren Sieg aufbauen, noch wird der Friede mit Deutschland jemals zu geschlossen werden. Ihr könnt uns nicht mit Euren asiatischen, afrikanischen Sorden eine freiere politische Entfaltung bringen. Die Aufgaben werden wir selbst übernehmen, jetzt und für die kommende Zeit.

Aber in einem hebt ihr Arbeiter des Auslandes unsere Unterfertigung. Sehen wir uns über alles Geheiß derjenigen hinweg, die aus dem Krieg ein Geschäft gemacht haben, die den Hunger nie als Gast kennen, sie alle, die bei uns das gleiche Gewerbe treiben wie bei Euch, und behaupten einen Frieden zu wollen, der nicht zerfallen darf an der Frage, wer die Kosten zu tragen hat für die kulturelle Untat. Denn was vernichtet ist an ideellen und materiellen Gütern, kann kein Volk dem anderen ersetzen. Dann werdet ihr unsere Unterfertigung haben. Auch nicht um territoriale Machterweiterung darf der Kampf fortgesetzt werden. Klar und offen haben wir wiederholt dieses Friedensprogramm aufgestellt, aber bis heute vermieden wir die Zustimmung, auf die wir hoffen.

Sei es drum, wir wollen auch an der Schwelle des fünften Kriegsjahres das Gelübnis ablegen, treu und unerschütterlich diesen Weg weiter einschlagen, bis eines Tages drüben ruhige Ueberlegung und vernünftige Erwägungen zur Umkehr leiten und das Ende des furchterlichen Krieges herbeigeführt wird.

### Gefangenenaustausch mit Amerika.

Berlin, 31. Juli. (A. B.) Die Regierung der Vereinigten Staaten ist an Deutschland mit der Frage herangetreten, ob die deutsche Regierung bereit sei, mit ihr in Verbindung über den Gefangenenaustausch einzutreten. Diese Frage ist deutschseits mit „Ja“ beantwortet worden.

### Die Kunst des Umgangs mit — Amerikanern.

Ein Kanadier schreibt in der Evening News vom 9. Juli den Engländern genau vor, wie sie die Amerikaner behandeln sollen: Keine englischen Heimatlieder vorsingen! Keine Cricket, da sie Baseballspieler sind! Keine Kneipezeit! Keine Bemerkung über seine Sprache! Keine

## Feindliche Angriffe abgewiesen. Ein Geschwader von englischen Großkampfflugzeugen vernichtet.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 1. August. (W.L.B. Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Zwischen Ypern und Dailleul am frühen Morgen vorübergehend lebhafter Feuerkampf. Die tagsüber mäßige Artillerieaktivität lebte am Abend an vielen Stellen der Front in Verbindung mit Erkundungsgeschehen auf.

### Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Westlich von Fere-en-Tardenois setzte der Feind am Nachmittag wiederholt zu heftigen Teilangriffen an. Wir warfen den Feind im Gegenstoß in seine Ausgangslinien zurück. An der übrigen Kampffront Artillerie- und wechselnder Stärke; kleinere Vorfeldgefechte.

englischen Ueberlieferung! Nicht zuviel Land, aufenthal! Keinen englischen Speisgettel! Teertrinken erscheint dem Amerikaner verächtlich. Wie ihm aber auch keinen Kaffee, denn den verleiht du nicht zu machen! Rah ihn im Hause nicht freier! Studiere ihn nicht! und endlich: Verbeirats ihn nicht!

Konstantinopel, 31. Juli. (W.L.B.) Der Chef der Armeegeneralintendantur General Ismail Galki Pascha ist zum Unterstaatssekretär des Kriegsministeriums ernannt worden unter Befehlung der Stelle als Direktor der militärisch wichtigen Bahnen und der Gedächtnis-Militär Oberst Mustafa Puri, bisher Chefstellvertreter ist zum Chef der Generalintendantur ernannt worden.

## Der bayerische Ministerpräsident zum Eintritt ins 5. Kriegsjahr.

München, 31. Juli. Die heutigen Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde zunächst der vom Reichsrat bereits angenommene Antrag Brandenheims auf staatliche Förderung der Verjorgung wirtschaftlich geschädigter Kriegsteilnehmer einstimmig angenommen. Der Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen von Dandl versprach jegliche Förderung durch die Regierung und führte dann weiterhin aus: Kleinmütige Zweifler an der Zukunft mögen doch einmal unsere heutige militärische Lage mit der des Vorjahres vergleichen. Hat auch die letzte Offensive nicht alle Hoffnungen erfüllt, so hat sie doch gezeigt, daß wir auch die unter Aufgebot aller Kräfte entfaltete Gegenwirkung des Feindes auszugleichen vermögen. Die Kraft und die Stärke der deutschen Offensivkraft wird die Feinde, das dürfen wir hoffen, zur Einsicht bringen, daß keine Macht der Welt uns niederrücken vermag, und daß die Feinde doch gut tun werden, sich mit uns auf dem Boden der Verständigung zusammenzufinden, den betreten zu wollen, wir uns schon wiederholt bereit erklärt haben. Warum muß nun der Krieg fortbauern? England will uns vernichten. Es will Europa zur See abschalten und sich den Seezug nach Indien sichern. Die von ihm während des Krieges besetzten Stützpunkte, wie Saloniki, Palästina, die Kurmanaküste u. a. sind keine Nebenkriegsschauplätze, sondern Hauptkriegsschauplätze des raublustigen England. Ich bin gewiß kein Anexionist, sondern der letzte, der dem Gewaltfrieden in irgend welcher Form das Wort reden wollte, aber von uns verlangen, daß wir im borbainen alles preisgeben sollen, ohne irgend welchen Schutz gegen die weltpolitischen Pläne des nach unserer und Europas Anechtung trachtenden englischen Eroberers, das wäre die Zummutung des politischen Selbstmordes. England kämpft auch nicht um Eliaz-Bohringen, sondern lediglich für seine Interessen. Wir wollen nichts anderes als Herstellung und Sicherung des Gleichgewichtes der Mächte, Freiheit für die wirtschaftliche Entwicklung jedes Landes, Freiheit für seinen Handel und Freiheit für den Verkehr auf dem freien Meer. Ein Völkerverbund auf solcher Grundblase, das wäre die schönste Krönung des Friedenswerkes. Mögen sich Wilson und seine Bundesgenossen zu einem solchen Völkerverbund bekennen, dann wird die Verständigung mit uns nicht schwer fallen. Solange uns aber deutscher Boden entrisen, Deutschland vernichtet werden soll, können wir nicht abtreten vom Kriegsschauplatz, sondern treten in das fünfte Kriegsjahr im Vertrauen auf Gott und die Gerechtigkeit unserer Sache, im Vertrauen auf unser Volk und das stehende deutsche Schwert.

## Zur Lage im Osten.

Berlin, 31. Juli. (A. B.) Wir erfahren, daß nach zuverlässigen Mitteilungen an der Murmanabahn bis jetzt etwa 17 bis 20 000 Mann

Nordöstlich von Perthes versuchte der Feind nach starker Feuerbereiterung den ihm am 30. Juli entziffenen Stützpunkt wieder zu nehmen. Er wurde unter Verlusten abgewiesen. Erfolgreicher eigener Vorstoß südlich vom Fichtelberge und in den Argonnen.

### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Zufanteriegefechte an der Mosel und am Parroy-Walbe. Wir machten hierbei Gefangene.

Der Gegner verlor gestern an der Front im Luftkampfe und durch Abschluß von der Erde 25 Flugzeuge. Weiterhin wurde ein im Angriffslauf gegen Saarbrücken befindliches englisches Geschwader von sechs Großkampfflugzeugen von unserer Front- und Heimaufjagdabteilung, bevor es seine Bomben abwerfen konnte, vernichtet. Aus einem zweiten ihm folgenden Geschwader schossen wir ein weiteres englisches Großkampfflugzeug ab.

### Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ententetruppen stehen. Vor allem sind es englische Kruppen, denen nur einige französische Matrosenabteilungen zugegliedert worden sind. Auch Amerikaner sind in den letzten Tagen eingetroffen. Von der Murmandahn ist die ganze Strecke Kola-Kem besetzt. Der Vormarsch nach Süden wird fortgesetzt. Einschneiden haben die bolschewistischen Truppen Befehl erhalten, sich ziemlich weit nach Süden zurückzuziehen. Dann erst sollen sie den Ententetruppen Widerstand leisten.

Die finnische Regierung hat die letzten Wochen benutzt, um im Innern des Landes nach Möglichkeit die Ordnung wiederherzustellen. Somit glaubt sie, werde am besten die Vorbereitung zur Entschädigung getroffen, ob in Finnland die Monarchie eingeführt werden solle oder nicht. In der Ukraine machen sich neuerdings starke Strömungen gegen die Regiererschaft Soropadskis bemerkbar. — In der Krim ist ein Ministerium gebildet worden, das sich aus allen dort vertretenen Nationalitäten zusammensetzt. Seine erste Regierungserklärung verhandelt die Freiheit für alle Nationalitäten. Die Verfassungsfrage soll erst dann geregelt werden, wenn in ganz Rußland die Ruhe wieder eingetreten ist. Einweisen stützt sich dieses Kabinett auf die enge Fühlungnahme mit der deutschen militärischen Leitung.

Die tschecho-slovakischen Regimenter, die sich unter geschickter Ausnutzung durch Hilfe der Entente gebildet haben, werden auf 40 bis 60 000 Mann geschätzt. Sie bedauern bei ihrer guten Ausbildung eine erste Gefahr für die Bolschewiki. Es haben sich ihnen neuerdings 15 000 Soldaten angeschlossen. Seit einigen Tagen ist eine merkwürdige Ruhe im Nachrichtenwesen eingetreten. Es sprechen aber doch manche Anzeichen dafür, daß diese Kruppen, eben doch den Anschlag an die Ententetruppen in der Murmangegend planen.

## Die Verantwortung der Entente für die Ermordung Nikolaus II.

Bern, 31. Juli. (W.L.B.) In einem Artikel des Berner Tagblattes, überschrieben „Die Entente und der Zar“ heißt es u. a.: „Es ist nicht ganz überflüssig, mit einigen Worten auf die direkte Verantwortung hinzuweisen, die die früheren Verbündeten des toten Zaren an seinem Schicksal tragen. Als die Revolution in Petersburg ausbrach, als deren Führer sich der englische Botschafter Sir G. Buchanan gerieren wollte, brach die ganze Ententepresse und voran die englische Presse in großen Jubel aus. Der Zar ward als Verräter gebrandmarkt, der einen Sonderfrieden schließen wollte. Die Revolution wurde offen, nicht nur von der Presse, sondern von den höchsten Stellen aus gefeiert, weil sie den Zaren beilegte und weil sie die Fortsetzung des Krieges bedeutete. Damals stand Deutschland noch im Kriege mit Rußland. Damals waren Wilson, ein Freund Englands, und später Kerenski, der heute in London und Paris auftritt, die Herren Rußlands und beide treue Verbündete der Entente und Reorganistoren der russischen Kriegsmaschine gegen Deutschland. Damals erklärte keine Stimme für den Zaren. Im Gegenteil, man beglückwünschte sich zum Verschwinden dieses „Deutschen“ und bezeichnete offen seine Entthronung als das wirksamste und angeblich entscheidende Argument für den Eintritt Amerikas in den Krieg. Damals war England allmächtig in Rußland. England hatte die Bahnen, Hölle, Kisten und die Grenzen in seinen Händen, aber um den Zaren kümmerte es sich nicht. Der Zar konnte jeden Augenblick ermordet werden, der Vetter in London rührte sich nicht. Erst als Rußland sich endgültig zum Frieden bekannte, kam man bei der Entente wieder Stimmen zu Gunsten des Zaren. Die Tschecho-Slovaken erhielten die Aufgabe, den Zaren thron wiederherzustellen. Daß der Zar dabei zu Grunde gehen mußte und daß die Wächter des Zaren schließlich auf der Verabschließungs-

wichtigsten Mordtat gedrängt werden konnten, um das Spiel Englands mit dem Zaren zu verhindern, das lag auf der Hand, aber was tat es, die Hauptsache war, daß Rußland nicht zur Ruhe kam.“

### Russische Stimme über Dr. Helfferich.

Konno, 30. Juli. (W.L.B.) Die Ernennung Helfferichs zum deutschen Geschäftsträger in Rußland begleitet die Moskauer Beobachter, wie die Baltisch-Litauischen Mitteilungen berichten, mit folgendem Kommentar: Der neue deutsche Gesandte in Moskau ist der Kandidat der deutschen Handels- und Industriepartei, der weniger die politische als die ökonomische Frage lösen soll. Die Ernennung Helfferichs ist ein Beweis, daß in Deutschland die zu gütlicher Einigung neigenden Tendenzen gestarkt haben. So ist die Ernennung Helfferichs ein Zeichen, daß die durch den Berliner Friedensvertrag hervorgerufene Stimmung fort-dauert, und daß die Wollen, die den seitigen Deutschlands über den Sojuzet in Rußland legen, sich wenigstens für einige Zeit zerstreut haben.

München, 31. Juli. (W.L.B.) Der König hat alsbald nach Eintreffen der Nachricht von dem Attentat auf den Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Kaiser ein in warmen Worten gehaltenes Weisungsdekret erlassen.

## Ausland.

### Um die Audienz Denys Cochin im Vatikan.

(A.) Rom. Der Corriere della Sera gibt den Bericht des Cochin wieder, den letzteres Blatt als Inhalt einer Unterredung ihres Redaktors mit Denys Cochin nach seiner Rückkehr aus Rom veröffentlicht hat.

Darin wird unter anderem von Denys Cochin behauptet, er habe gesagt, in Rom mehrmals mit dem apostolischen Nuntius in Venedig, Mgr. Ratti, gesprochen zu haben. Mgr. Ratti sei ein ausgeprägter Entente-freund; er habe z. B. erklärt, wenn er nur zwanzig Jahre jünger wäre, so würde er zum Beweise greifen, um gegen die Zentralmächte in den Krieg zu ziehen usw.

Wie dransich geschwindet wird, geht aber schon daraus hervor, daß Mgr. Ratti schon an der halb Monate von Rom weg an seine Bestimmungsort gereist war, ehe Denys Cochin nach Rom gekommen ist. Und wer Mgr. Ratti persönlich kennt, weiß auch, wie milde, gütlich, fromme Natur er ist, kennt auch seine grobe Zurückhaltung.

Des weiteren wird berichtet, Denys Cochin habe in der Audienz beim Kardinal-Staatssekretär auch die Frage der Errichtung einer apostolischen Nuntiatur in Peking besprochen. Dabei läßt das Blatt die Bemerkung fallen — ohne deutlich anzudeuten, ob sie von ihm oder von Denys Cochin komme — daß durch die Errichtung dieser Nuntiatur die Interessen des französischen Protektorates geschädigt und französische Freie beunruhigt seien. Dazu fügt der Observatore Romano, daß er die schon gegebene Erklärung von beidseitigen Nuntien, wonach die Errichtung einer apostolischen Nuntiatur in China den Rechten des französischen Protektorates nicht nur nicht hindere, sondern geradezu von Vorteil sei.

Der Heilige Stuhl braucht notwendig, wie wir das schon gesagt haben, einen ständigen Stellvertreter in China; die Notwendigkeit, einen solchen Vertreter in China zu haben, ist vielleicht sogar noch größer als einen solchen für Australien, Canada, die Vereinigten Staaten usw. zu besitzen. Und diese ständige ständige Stellvertretung aber ohne diplomatischen Charakter ist in irgend einer Weise die Interessen oder Privilegien Frankreichs verletzen? Niemals; das beweist dafür die seit längsten Jahren schon vor dem Krieg in Konstantinopel befindende apostolische Delegatur. Der apostolische Delegat erfüllte hier seine gewöhnliche Mission bei den Katholiken sowohl des lateinischen wie der orientalischen Ritus, wobei er den Missionen seine Besuche machte, wenn er sie im Interesse seiner Mission als nötig erachtete.

Die Stellvertreter Frankreichs schätzen die Missionäre und die Katholiken in ihren Schwierigkeiten materieller Natur gegenüber den weltlichen Behörden; die ihnen anerkannten kirchlichen Ehrentugenden ihnen beizubehalten.

Dasselbe dürfte in China der Fall sein; somit ist es augenscheinlich, daß ein Stellvertreter des Heiligen Stuhles ohne diplomatischen Charakter die Rechte und Privilegien Frankreichs nicht verletzen würde.

Was aber den diplomatischen Charakter des päpstlichen Stellvertreters anbelangt, macht der Observatore Romano darauf aufmerksam, daß der päpstliche Stellvertreter mit diplomatischem Charakter größeres Ansehen für die Erfüllung seiner geistlichen Aufgaben hätte und an den Empfängen des diplomatischen Korps teilnehmen würde, indes ohne diesen Charakter sein Ansehen geringer wäre und so für jeden Besuch beim Minister des Aeußeren ein Sonderansehen verlangen müßte.

Der Observatore Romano bekräftigt, daß also auch eine apostolische Nuntiatur in Peking den wohlbestehenden Rechten und Privilegien Frankreichs nicht abtragen, sondern vielmehr darüber machen werde, daß sie herabwürdigt werden und es dem französischen Gesandten möglich werde, auch in Fragen geistlicher Natur an intercedieren, die sonst ihrer Natur entsprechend nicht in seiner Kompetenz stehen.

## Reisezeit.

oder in seinem Ferienaufenthal ebenfalls regelmäßig beziehen. Refer und die Besucher von Natur erhalten die Zeitung Streifenabteilung oder Postblätter vor der Abreise der Geschäfts-Anweisung geben, wobei undung nachzugeben ist. (Angehörig) hierbei unerlässlich. gegen Postbesitzer wählen überweisung. das die Zeitung zuzustellen, in Abreise Mitteilung zu machen, den Besitzt. Dasselbe überweisung der Ueberweisungsgeld. Zeitung nach dem neuen Besitzt. Die Ueberweisung der Zeitung geschieht kostenlos. Der Post seine Rückkehr einige Tage vor der ursprünglichen Abreise kann auch für jeden Monat Stanfanten bestellt werden. Von Einrichtung wolle während der Gebrauch gemacht werden. Begleitet bitten wir recht sehr, daß in den zum Aufenthalts- und Gasthäusern mindestens ein v. der Bad. Beobachter aufstellt, andlungen wollen ebenfalls nach er befragt werden. stelle des Bad. Beobachters.



## um baldigen Eintritt

## katolische

## oristin

## angabe. Schriftliche

## Ar. 290 an die Ge-

## Blattes erbeten.

## erheim.

## Realgymnasiums werden als

## Anmeldungen und Anfragen

## erramt zu richten.

## 18.

## St. Vinzentius-Verein.

## und Bestellungen

zeigen in unserem Blatte bitten wir, sich auf den ter“ beziehen zu wollen.

Chronik.

Aus Baden. Heidelberg, 31. Juli. Herr Seminarlehrer Hugo Nitz wurde zum Musikdirektor ernannt.

Mannheim, 31. Juli. (Trauung.) In der Wiener Reichspost Nr. 233 vom 26. Juli 1918 ist zu lesen: „Im Chor des St. Stefandoms (Wien), welcher seit Jahren in der Stadt wohnte, fand heute nachmittags die Vermählung der Baroness Irene Lechtritz, Tochter des Freiherrn Bernhard von Lechtritz, Geheimen Kammerherrn des Papstes, und seiner Gemahlin Baronin Anna, mit Dr. Friedr. Geier, Geheimen Kammerherrn des Papstes, statt. Die Trauung, welcher zahlreiche Mitglieder der Hofgesellschaft und der reichsdeutschen Kolonie beiwohnten, nahm in Gegenwart des Apostolischen Nuntius Grafen Valere und der Prälaten der Apostolischen Nuntiatur mit einer überaus herzlichen Ansprache Weihbischof Dr. Waig, Generalvikar von Bistum Wien, vor. Bei dem folgenden Zusammenkommen im Hotel „Imperial“ konnte Weihbischof Dr. Waig von der erfolgten Vermählung der päpstlichen Baronin an den Bräutigam Kenntnis geben und das an die Nuntienämter gerichtete Glückwunschtelegramm des Königl. preussischen Kriegsministeriums beim f. u. k. Kriegsministerium, Generalleutnant v. Franke, erbot sich Glas auf die obersten Autoritäten in Kirche und Staat, worauf Bischof Dr. Waig in feierlichen Worten der treuen Waffenbrüderschaft zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee gedachte.“ Herr Dr. Friedrich Geier war bekanntlich bis vor wenigen Monaten Rechtsanwält in Mannheim.

Regel. Von der Brauereigesellschaft Meyer u. Söhne in Regel i. Br. wurde dem Badischen Heimatbank ein weiterer Betrag von 10 000 Mk. überwiesen.

Meersburg, 30. Juli. Der „Prottrieg“ und die sich daran in der Einwohnerschaft und der Presse knüpfenden Auseinandersetzungen haben zur Folge gehabt, daß Bürgermeister Hammerle und ein Mitglied des Stadtrats ihre Ämter als Lebensmittelführer niedergelegt. Die Ortsbehörde verkündigte der Einwohnerschaft dieien Beschlüsse. (Konst. Blg.)

Die Strafregister und die Mitteilung der Strafurteile. Die Verordnung, die Strafregister und die Mitteilung der Strafurteile betreffend, (Badische Strafregisterverordnung) vom 28. November 1896 wurde auf 1. August aufgehoben.

Zeitgemäßer Findexoh. Im Oberländer Boten (Lörach) lesen wir folgende Anzeige: „Verloren braunleiderer Beutel mit Inhalt von Geld. Der berechnete Finder erhält als Belohnung zwei Pfund Butter. Abzugeben Fundbüro.“ Wenn das nicht zieht...

Die neue Ernte. In landwirtschaftlichen Kreisen herrscht nach der täglichen Rundschau die Meinung, daß wir in nächster Zeit mit einer Heberzeugung von Gemüsen zu rechnen haben. Ebenso scheint auch die Kartoffelernte ganz vorzüglich auszufallen.

Zwei englische Kampflugzeuge abgeschossen. Oberndorf, 1. Aug. (W.L.B.) Bekanntlich wurden bei dem am 20. Juli erfolgten Fliegerangriff zwei englische Kampflugzeuge zum Abbruch gebracht. Von der Besatzung wurde gestern ein Engländer, der vermutlich aus dem einen abgelenkten Flugzeug abgeschossen ist, tot im Walde bei Ringeln aufgefunden. Seine Leiche wird auf dem Friedhof in Oberndorf, wo auch die anderen zu Tode gestürzten Engländer ruhen, beigesetzt werden.

Mietersversammlung.

Auf Einladung des Kreisgeschäftsführers für Konjunkturinteressen, Ortsgruppe Karlsruhe, fand gestern abend im großen Rathaus eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Mieter statt zur Besprechung von Miet- und Wohnungsfragen. Oberpostsekretär und Stadtvorordneter Manz, der Vorsitzende der einladenden Ortsgruppe, legte in seiner Eröffnungsansprache den Zweck der Versammlung dar. Durch den Wohnungsmangel infolge der Paupersteigerung war eine Steigerung der Mieten vorzunehmen. Wir wollen auch keine Befreiung der Mietsteigerungen an sich, sondern nur eine Geringfügigkeit für dieselben. Unsere Erhebungen und Schritte wegen des Mietereliefs fanden nicht überall Erfolg. Vom städtischen Nachrichtenamt wird uns vorgehalten, der Stadtrat habe erücht, ihm das Material vorzulegen; es ist ihm aber schon früher mitgeteilt worden, daß das Material vertraulich behandelt werden muß und deshalb nicht in andere Hände gelangen darf. Wir haben daher dem Stadtrat nahegelegt, selbst Erhebungen vorzunehmen.

Hochschulen.

Freiburg, 31. Juli. Mit Allerhöchster Staatsministerialisankündigung wurde Herr Professor Dr. Dietrich Straubinger hier mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. zum ordentlichen Professor für Zoologie und Religionswissenschaft in der theologischen Fakultät dieser Universität ernannt. Professor Straubinger, 1878 in Solingen geboren, habilitierte sich im Jahre 1908 in der theologischen Fakultät für das Fach der christlichen Apologetik und wurde bereits im darauffolgenden Jahre zum etatsmäßigen außerordentlichen Professor ernannt.

München, 31. Juli. (W.L.B.) Das Kultusministerium hat an Professor Richter an der Technischen Hochschule in Stuttgart einen Ruf zur Besetzung des durch den Rücktritt des Professors Wüllmann an der Technischen Hochschule in München erledigten Lehrstuhls für Formen- und Stiltheorie der Baukunst erlassen.

Kirchliche Nachrichten.

Religionsgespräche. (A.) Rom. Die Missionen haben in ihrer Sitzung vom 23. Juli über folgende Fragen beraten: Aufnahme des Religionsgesprächs des ebr. Felix de Andrieu, Priester und erster Oberer der Missionskongregation in Amerika; Überprüfung der Schriften des Seligen Joachim Piccolomini aus dem Servitenorden; ebenso Prüfung der Schriften des ebr. Leonard Murialdo, Gründer der St. Josefsfamilie.

Herr Oberpostsekretär Rillas sprach hierauf als erster Redner des Abends über die Lage der Mieter. Er wies darauf hin, daß in den letzten Friedensjahren jährlich in Baden etwa 8000 Wohnungen gebaut wurden, daß aber während des Krieges etwa 24000 Wohnungen ausfielen. Schon vor dem Kriege bestand Wohnungsnot, die sich während des Krieges zur Wohnungsnot verschärfte. In manchen Gemeinden wird öffentlich der Zugang gemacht, weil keine Wohnungen zu bekommen sind. Schwierig ist die Frage für Kinderreiche Familien; es liegt hier die Schuld nicht allein an Vermietern, sondern oft auch an den Mietern, die keine Mieten zahlen können. Wir haben dann, daß auf dem Wohnungsmarkt die Mieten ausgenutzt wurde, daß aber auch Mieter die Preise überboten. Gegen solche Menschen sollte ebenso strafend eingeschritten werden, wie auf dem Ernährungsmarkt. Ein Heidelberger Rechtsanwalt wies nach Zeitungsmeldungen im Lande herum, um den Hausbesitzern zu sagen, wie schlecht es daran seien und daß sie um mindestens 25 Prozent feigern müßten. Klagen über Mietsteigerungen veranlassen die Erhebungen des Konjunkturinteressenamtes, auf die 800 Mieter Steigerungen mitteilten. Viele beteiligten sich nicht, weil sie befürchten mußten, daß sie dann die Wohnung verlassen müßten. In dem Artikel des Städt. Nachrichtenamts ist hervorgehoben, daß bei Kriegsausbruch Vermieter die Miete heruntersetzten und wenn sie dieselbe jetzt wieder erhöhen, so bedeutet sie fast 100 Prozent nicht viel. Nur in vier Fällen ist davon in unserem Material die Rede, daß die Miete ermäßigt war, sie ist dann aber wieder erhöht worden und jetzt sogar über den früheren Stand. Unsere Zahlenangaben sind ein Beweis dafür, daß Steigerungen über das notwendige Maß hinausgehen haben. Interessant sind die Begründungen der Steigerungen, welche die Vermieter angaben: höherer Hypothekenzins, höherer Aufwand, höhere Abgaben, weil andere auch feigern, wegen der Lage der Verhältnisse, weil die Wohnung zu billig gewesen, weil der Vermieter auch Teuerungszulage bekommen hat, weil der Mieter auch mehr verdient, weil das Haus zu teuer gekauft sei, weil eine große Nachfrage nach Mietwohnungen besteht, wegen des allgemeinen Mehrwerts der Wohnung, wegen des Wohnungsmangels, weil Krieg ist, weil von anderer Seite mehr Mietzins geboten wird, wegen Verdrängung des Hauses durch Fliegerangriffe, weil viele Kinder vorhanden sind, weil das Haus verkauft werden soll, weil das Haus verkauft wurde, wegen der Kriegsteuerung, damit die Mieter zum Ausziehen veranlaßt werden, weil die Gasseinstülpung in Aussicht gestellt ist, weil die Mieter es bezahlen können, weil die Steigerung vom Grund- und Hausbesitzerverein beschlossen worden ist usw. Daraus kann jeder selbst seine Schlüsse ziehen. In vielen Fällen ist die Steigerung gegen alles Recht mit sofortiger Wirkung erfolgt. Miunter wurde für Treppenhäuserhöhung und Flurveränderung, was bisher in der Miete inbegriffen war, sowie für Wasserleit befondere Entschädigung verlangt. Wenn man unsere Zahlen nicht für berechnend hält, bleibt nichts übrig, als amtliche Erhebungen. Man müßte aber nicht nur die Vermieter fragen, sondern auch die Mietverträge nachsehen; denn auch ein Betrag der Mieter allein würde nicht zum Ziele führen, da sie teilweise veranlaßt wurden, geringere Mieten anzugeben. Zeit zu halten ist, daß gegen eine Steigerung nicht einzuwenden ist, wenn das Mieterelief nicht mehr hinreicht zur Deckung des Wohnungsaufwandes und um einen kleinen Gewinn zu erzielen; aber dagegen muß mit allem Nachdruck Front gemacht werden, daß man einfach die Notlage der Kriegszeit ausnützt. Warum soll sich die Lage der Hausbesitzer so gestaltet haben, daß eine allgemeine Mietsteigerung erfolgt? Das ein Haus nach Kaufmännischen Grundsätzen vermarktet wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Das ist aber nur möglich, wenn das Haus nach kaufmännischen Grundsätzen erworben worden ist. Es gibt Häuser, die so besetzt sind, daß dem Eigentümer nicht einmal ein Dutzend gebot. Auch werden Häuser zu Spekulationszwecken gekauft. Das ist nicht mehr realer Hausbesitz und man kann nicht verlangen, daß die Mieter für eine verfehlte Spekulation aufkommen. Schon im ersten Kriegsjahr mußten Bestimmungen zum Schutze der Mieter erlassen werden; in manchen Gegenden haben wegen des mangelhaften Mietereliefs die Militärbehörden eingegriffen und bestimmt, daß keine Rüdigung oder Steigerung ohne Genehmigung des Mietungsamtes stattfinden darf. Das letztere hat der Ausschuss für Konjunkturinteressen auch beim Stellvertretenden Generalkommando des 14. Armeekorps beantragt. Der Stadtrat hat seine Unterstützung zu dieser Eingabe versagt, weil er eine solche Maßnahme nicht für nötig und für einen solchen Eingriff die preussische Kommandogewalt in Baden nicht für zuständig halte. Auch der Hausbesitzerverein hat sich gegen eine solche Bestimmung gemeldet und sogar die Vereinerung der Mietungsämter verlangt. Wenn aber die Worte der Hausbesitzer ernst gemeint sind, sollten sie dafür dankbar sein, wenn ihnen amtlich befristet wird, daß ihre Mietsteigerung gemessen ist. Wir bleiben daher bei unserem Verlangen, an das Generalkommando und wünschen einen Erlaß, wie er anderwärts schon besteht. Eine solche Verordnung würde die innere Gerechtigkeit außerordentlich stärken. (Wechsler, anhaltender Beifall.)

Als zweiter Redner sprach Herr Dr. Mittel über den Ausbau des Mietereliefs, indem er den teilweise vom Vordere aufgenommenen Baden weiterspann. Die 1914 erlassene Bestimmung zur Einigung von Mietern und Vermietern und Hypothekenschuldnern und ihren Gläubigern wurde im Juni letzten Jahres ausgebaut. Die Mieter erhielten das Recht, die Mietverträge zu prüfen und eventuell aufzugeben und die Miete anders festzusetzen. Dies soll aber nur geschehen, wenn der Antrag sofort nach der Kündigung an das Mietungsamt gerichtet wird. Leider ist diese Einigung noch viel zu wenig bekannt. Die Tätigkeit der Mietungsämter kann im allgemeinen als günstig bezeichnet werden. Doch Mietsteigerungen im letzten Monat vorgekommen sind, darüber besteht kein Zweifel. Sie haben Höhen erreicht, die geradezu erschreckend sind, und machen Maßnahmen notwendig, um die Bevölkerung vor derartigen Ereignissen zu schützen. Als ein erheblicher Mangel wird es empfunden, daß die Mietungsämter nichts zu tun vermögen, wenn der Mietvertrag von selbst abläuft und bei Neuvermietungen. Eine Reihe weiterer Maßnahmen muß auf dem Wohnungsmarkt ergriffen werden, bestehende Wohnungen sollen besetzt werden und der Vermietungsweg eingeleitet werden. Er bezweifle aber, ob man damit das Mietungsamt betrauen soll. Aufgaben, wie die Zwangsangehörigen sollten lieber den Bezirks- oder Wohnungsämtern übertragen werden. Es werden neue gesetzliche Maßnahmen vorbereitet, so daß ein verfehlter Mieterelief zu erwarten ist. Die Streitfrage, um die es sich heute handelt, ist die: Soll eine Behörde das Recht bekommen, daß sie in jedem Fall eine Mieterhöhung prüfen kann und muß? Ohne Zweifel würde eine solche Maßnahme den Mieterelief verbessern und einen Mangel vorliegend gegen ungebührliche Preissteigerungen, die man als Mietwucher bezeichnet. In einzelnen Fällen, wo die Steigerung gerecht, soll sie gewährt werden; aber dort, wo lediglich die Konjunktur ausgenutzt wird, soll man zu den schärfsten Maßnahmen greifen. Wohnungswucher ist Wucher, wie jeder andere auch. Darum sollten die allgemeinen Wucherbestimmungen auch gegen den Mietwucher gelten! Nicht bloß Mieter, auch Hausbesitzer, so der Vorstand des Freiburger Hausbesitzervereins, werden sich energisch gegen eine Ausnutzung der Notlage. Wie wir für die Wohnungsmittel und die Gegenstände des täglichen Bedarfs eine Preisprüfungsstelle haben, sollten wir auch eine Preisprüfungsstelle für die Mieten haben. Bis zum Erlaß einer derartigen gesetzlichen Verordnung soll die militärische Gewalt eingreifen. Verschiedene Generalkommandos haben das schon getan. Die Mietsteigerungen treffen am meisten die kinderreichen Familien und die Armen. Die erste Vorbedingung für den Wiederaufbau unseres Volkes nach dem Krieg sind aber gesunde, geräumige und preiswerte Wohnungen. (Beifälliger Beifall.)

Der Vorsitzende, Herr Manz, teilte nun den Wortlaut einer Entschließung mit, wonach sich die Versammelten mit dem Kriegsausschuss für Konjunkturinteressen eingeleitete Schritte zum Schutze der Mieter gegen ungerechtfertigte Mietsteigerungen einverstanden erklärten, und in der es weiter heißt: Da die Mietungsämter keinen genügenden Schutz gewähren, muß ein schärferer Ausbau der Bundesratsverordnung über Mieterelief gefordert werden, insbesondere sind Neuvermietungen einzubeziehen. Bis zum Erlaß einer solchen Verordnung wird ein Eingreifen des Generalkommandos gefordert. In der Aussprache erklärte sich Stadtr. Hof als Vertreter der freien Gewerkschaften mit den Anschauungen der Mieter einverstanden und vertrat ebenfalls ein militärisches Einschreiten, wenn die Zivilverwaltung verfaßt. Oberpostsekretär Trautmann erklärte namens des Verbandes der badischen Beamten- und Lehrervereine, daß auch dieser Verband die aufgestellten Forderungen unterstütze. Die Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgüter werden nach dem Kriege wieder fallen; bei den Mieten wird dies nicht der Fall sein. Die Folgen haben die Preissteigerungen, denen die Mieter das Geldvermögen nicht erheben, zu verfühlen, sie müssen einen viel zu hohen Prozentsatz ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Wir sind mit den Mietereliefen und der Entschädigung einverstanden. Ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärte ebenfalls ihren Einverständnis mit den Mietern und der Entschädigung. Herr Stadtratsrat Neufum, der Vorsitzende des Stadtrats Mietungsamtes, bemerkte, daß die Kriegsmietungsverordnung vom 28. Juni 1917 nicht mehr genügt, da für die Verhältnisse über den Krieg hinweg etwas Neues geschaffen werden. Mietsteigerungen von 5 bis 10 Prozent seien ihm viele bekannt geworden, dagegen nicht viele solche von höherem Prozentsatz. Kritik wurde die Sache erst am 1. Juni d. J. Da wurde zum Teil in lebhafte Weise gefordert, und gesteuert als dies vordere der Fall war. Entschädigungen des Mietungsamtes können nur getroffen werden, wenn sie zeitig und zugleich gefordert wird. Nur in 15 Fällen war dies der Fall. Ausfallend ist es, wie wenig Mieter wegen Mietsteigerungen zu kommen. Es ist notwendig, daß das Mietungsamt auch anrufen werden kann, wenn nur gesteuert, nicht auch gefordert wird, und daß so wohl Mieter als Vermieter es anrufen können. Unglücklich ist die Bestimmung, daß das Mietungsamt nur sofort nach erfolgter Kündigung anrufen werden kann. Wichtiger als eine Statistik sei es, die Interessen der Mieter zu wahren. Die Behörden sind sich darüber einig, daß etwas geschehen muß. Das Bauen wird künftig ungewohnter teuer sein und dementsprechend der Preis der neuen Wohnungen, denen die alten dann folgen. Das muß verhindert werden. Dr. Mittel habe von Dortmund und anderen Orten, aber nicht von Karlsruhe gesprochen, obwohl unsere Vorschläge viel zahlreicher sind als die Dortmund. Selbstverständlich sollen auch Neuvermietungen erfasst werden. Nicht einverstanden sei er damit, daß das Generalkommando eingreifen soll; er halte dies nicht für notwendig. Nicht einverstanden sei er ferner damit, daß das Mietungsamt die ganze Arbeit verrichten soll; es habe heute schon genug zu tun. Das Mietungsamt soll zwei einzelne Parteien vor sich haben, mit denen es schiedsrichterlich verhandelt, für andere Fälle sind die Anträge da. Das Vertrauen zu den Mietungsämtern ginge verloren, wenn man ihnen diese Arbeit aufbürden würde. Die Vermieter möchte er nicht missen. Zur richterlichen Entscheidung brauchte man aber Sachverständige. Kleine Steigerungen sollten gestattet werden. Das Mietungsamt entscheidet „nach billigem Ermessen“. Das steht bisher in keinem anderen Gesetz und ist außerordentlich wertvoll. Am 6. August findet in Frankfurt a. M. eine Zusammenkunft der Mietungsämter statt zur Ausprache über die bevorstehenden Mietereliefmaßnahmen. Er hoffe bestimmt, daß diese noch vor dem 1. Oktober in Kraft treten. Darum sollte man von der Entschädigung absehen und die Regelung durch das Reich verlangen. Stadtr. Schwall empfahl den Beitritt zum Mieter- und Bauverein, der die Wohnungsfrage praktisch löse.

Dr. Mittel erwiderte Herrn Neufum und betonte, man könne nicht warten, ob noch vor dem 1. Oktober durch den Bundesrat eine neue Verordnung komme oder nicht. Er bitte deshalb, die Entschädigung anzunehmen. Die Entschädigung wurde hierauf durch Erheben der Hände angenommen und die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. \*

Politische Nachrichten.

München, 1. August. (W.L.B.) Der sächsische Staatsminister Dr. Wedt ist gestern abend von Dresden in München eingetroffen. Der Minister wird heute mittag vom König empfangen und zur Frühstückstafel zugezogen werden.

Der stellvertretende Chef des Militärkabinetts. Berlin. Generalmajor und General a. d. suite Ulrich von Marshall gen. Greiff hat stellvertretend die Kosten des Chefs des Militärkabinetts übernommen. Der stellvertretende Chef ist ein Sohn des R. Hauptmann Freiherr Rudolf Marshall, der bei Nachod den Heldentod fand, und wurde am 19. Mai 1863 in Erbach geboren. Er wurde am 13. September 1884 Offizier im 1. Babilien Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 in Karlsruhe, in dem er längere Jahre Bataillons- und Regimentaladjutant war. Im Jahre 1902 wurde er in das Kriegsministerium versetzt und, am 18. Juli 1905 zum Major befördert, im Jahre 1907 in das Militärkabinet versetzt, in dem er bald darauf Abteilungschef wurde. Als solcher hat er, am 22. April 1912 zum Oberstleutnant und zwei Jahre später zum Obersten befördert, und auch zum Flügeladjutanten Sr. Majestät des Kaisers und Königs ernannt, bis jetzt fungiert.

Unbeseitigt, 1. Aug. (W.L.B.) Ung. Tel.-Büro. Das Manuskript hat die Bahrtreue vorlage unverändert angenommen. Marinarschieß, 1. Aug. (W.L.B.) Im Legionenprozeß ist die Vernehmung sämtlicher Angeklagten zu Ende. Die Hauptverhandlung wurde bis zum 8. August vertagt.

Der Jader und die englischen Reformvorschlüsse für Indien. Rotterdam, 31. Juli. (W.L.B.) Dem Niederländischen Courant zufolge erklärt Mandjesse Guardian aus Simla vom 22. Juli, daß der reformierte Teil der öffentlichen Meinung der Reformen Montagu und Chelmsfords günstig gesinnt bleibe. Nur die Ultras seien dagegen und wünschten die völlige Verwerfung der Reformen. In einer Verammlung der Provinzialkongressen von Bengalen, die am 14. Juli stattfand, nahmen die Ultras, die einen beherrschenden Einfluß auf die Organisation des Nationalkongresses ausübten, eine Entschädigung an, worin sie den ganzen Reformplan verworfen. Die Gemäßigten, die in einer sehr kleinen Zahl anwesend waren, konnten nicht zum Wort gelangen. Die in englischer Sprache erscheinenden Blätter von Kalkutta beurteilen den Plan ungünstig, aber ihr Interesse für die ganze Angelegenheit wird augenscheinlich durch die Kriegsanliegenheiten zurückgedrängt. Die gemäßigten nationalitischen Blätter von Kalkutta, Bombay und Pondichob und der vereinigten Provinzen unterstützen die hauptsächlichsten Grundzüge des Reformplanes, verlangen aber die folgenden Zugeständnisse: Verminderung der Macht, Befähigung der Provinzregierungen, Verstärkung der Volkselemente in der britisch-indischen Regierung und die Kontrolle über die Finanzverwaltung der Provinzen und der Regierung. Die Ultras in Madras und Bombay machen nach wie vor Propaganda für den Plan der Kongressen. Sie erklären, daß nur dieser Plan der Befähigung der Regierung vom 20. August 1917 wirklich entprende. Die Ultras machen große Anstrengungen, um auf dem indischen Nationalkongress, der Mitte August in Bombay abgehalten wird, die Mehrheit zu erlangen.

Bulgarischer Kriegsbericht. Sofia, 1. Aug. (W.L.B.) Antlicher Bericht von gestern: Mazedonische Front: Westlich vom Ohrida-See haben unsere Angriffstruppen einen feindlichen Posten auf und erbeuteten brüchigen Kriegsgerät. In mehreren Stellen war der Artilleriepark zeitweilig lebhafter. Westlich vom Bardar versuchten nach heftiger Feuerberechtigung feindliche Sturmabteilungen in unsere Gräben südlich von Stojakowo und Dorian einzudringen. Sie wurden durch Feuer zerpernat und erlitten bedeutende Verluste. Eine unsere Infanterieabteilungen drang in feindliche Gräben westlich von Dolzelli ein und brachten verschiedene Beutestücke zurück.

Luftschiffung von Dänemark. Bern, 1. Aug. (W.L.B.) Der Main meldet aus Dänemark: In der Nacht vom 28. Juli überflogen deutsche Flugzeuge Dänemark und belegten die Stadt mit 60 Flugtorpedos schwersten Kalibers, die bedeutenden Sachschaden verursachten. Am 28. Juli begann die Beschießung durch Ferngeschütze.

Die Einberufung des Jahrganges 1920 in Frankreich. Bern, 1. Aug. (W.L.B.) Die Kammer verhandelte über den Gesetzentwurf betr. die Aushebung der Jahrgangsklasse 1920. Mehrere Redner sprachen sich dringend für die Entlassung der älteren Jahrgänge aus. Renaudie erklärte, die vorzeitige Einberufung der Jahrgangsklasse 1920 sei keine gute Politik. Andere Länder hätten diese Klasse zwar schon einberufen, aber man müsse die Gesetzentwürfe der französischen Opfer in Betracht ziehen. Unterstaatssekretär Abramci erklärte, Frankreich sei in einen föderaligen Krieg verwickelt, der ihm augenblicklich sei. Es handle sich darum, diesen Krieg so schnell wie möglich unter Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte der Entente siegreich zu beendigen. Die Jahrgangsklasse 1920 müsse im Herbst aufgerufen werden. Die Regierung verpflichte sich, die Verwendung der Jahrgangsklasse 1920 unter strengen Bedingungen zu überwachen und die Frage der Entlassung der älteren Jahrgänge der Lösung zuzuführen.

Zur Einberufung des Jahrganges 1920 in Frankreich.

Konow, 1. Aug. (W.L.B.) Der Oberbefehlshaber-Ost Prinz Leopold von Bayern hat am Urlaub des Todes des Generalfeldmarschalls von Eichhorn, wie die Volksblattlichen Mitteilungen melden, folgende Kundgebung an die Geregeltgruppe Eichhorn erlassen: Erschüttert und mit großem Abscheu erfüllt über die ruchlose Tat, der der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Eichhorn, S. Excellenz Generalfeldmarschall von Eichhorn und sein Adjutant, Hauptmann von Dreßler zum Opfer gefallen sind, fühle ich das dringende Bedürfnis, der genannten Heeresgruppe mein aufrichtiges Bedauern auszusprechen zu dem großen Verluste, der sich durch den plötzlichen Tod ihres so hochverdienten und über alles geschätzten Führers getroffen hat.

Der große Waldbrand in Südfrankreich.

Bern, 31. Juli. (W.L.B.) Der Brand im Estrelle-Walde dauert fort. Es mühten neue Truppen zur Bekämpfung der weiteren Ausbreitung des Brandes herangezogen werden. Der Waldbrand dehnt sich in nördlicher Richtung aus.

Tendet den B. B. ins Feld.

Betten Drucksachen. von 75 Mk. an 2639 jglicher Art fertigt schnellstens an „Badenia“, Akt.-Ges. für Druck und Verlags. Karlsruhe, Eggenhauserstr. 10.

Der Jader und die englischen Reformvorschlüsse für Indien. Rotterdam, 31. Juli. (W.L.B.) Dem Niederländischen Courant zufolge erklärt Mandjesse Guardian aus Simla vom 22. Juli, daß der reformierte Teil der öffentlichen Meinung der Reformen Montagu und Chelmsfords günstig gesinnt bleibe. Nur die Ultras seien dagegen und wünschten die völlige Verwerfung der Reformen. In einer Verammlung der Provinzialkongressen von Bengalen, die am 14. Juli stattfand, nahmen die Ultras, die einen beherrschenden Einfluß auf die Organisation des Nationalkongresses ausübten, eine Entschädigung an, worin sie den ganzen Reformplan verworfen. Die Gemäßigten, die in einer sehr kleinen Zahl anwesend waren, konnten nicht zum Wort gelangen. Die in englischer Sprache erscheinenden Blätter von Kalkutta beurteilen den Plan ungünstig, aber ihr Interesse für die ganze Angelegenheit wird augenscheinlich durch die Kriegsanliegenheiten zurückgedrängt. Die gemäßigten nationalitischen Blätter von Kalkutta, Bombay und Pondichob und der vereinigten Provinzen unterstützen die hauptsächlichsten Grundzüge des Reformplanes, verlangen aber die folgenden Zugeständnisse: Verminderung der Macht, Befähigung der Provinzregierungen, Verstärkung der Volkselemente in der britisch-indischen Regierung und die Kontrolle über die Finanzverwaltung der Provinzen und der Regierung. Die Ultras in Madras und Bombay machen nach wie vor Propaganda für den Plan der Kongressen. Sie erklären, daß nur dieser Plan der Befähigung der Regierung vom 20. August 1917 wirklich entprende. Die Ultras machen große Anstrengungen, um auf dem indischen Nationalkongress, der Mitte August in Bombay abgehalten wird, die Mehrheit zu erlangen.

Volkschule und Krieges. Aus Lehrerkreisen wird uns mitgeteilt, daß in den früheren Kriegsjahren Schüler jede verlangte Sammelübersommen. Für dieses Jahr allgem. gesagt werden. Die Sammelübersommen betreffen gegenwärtig nessen und Laub. Mit der man sich wohl überall rasch abend Laubsammlung steht der Willkür beugt man sich gerne. Anders ist es mit dem Papier, haben aber nicht man ihnen beilegt. Viele Lehrlinge sind abgeholt, für die Schloß die Ortskommunisten zu den Anbringlichkeit der Gesellschaft abhebung zurückgezogen und tigung der Sammelstelle übernommen, daß weitere Arbeit wird; denn im allgemeinen Brennstoffe gesammelt werden, Schulfinder während der Schulferien Die Landleute, Erwachsene wie Haupt schon längst mit Arbeit man in der eigenen Wirtschaft können Sammlungen außerhalb in geringem Umfang in Betracht. Andere Lehrer haben der Schloß. Damit gab sie sich auf sie sei auf die Schule angewiesen der Lehrer als Vertrauensmann lieber die weniger feine Art i Lehrer angeworben, braucht n regen; wo sie Erfolg hatte, wir legen. In der Hauptstadt sind und Urlofen, welche die Lehren den Haltung veranlassen, die müssen, wenn man die Sammlu folg betreiben will.

Wenn die Brennstoffsammlun leit ist, dann soll sie du beforderte organisiert Reich und sein Herr arbeiten di begeben sich aber gegen den Ber handlungern einen Kapitalist machen. Wenn es in einer machung heißt, die Gesellschaft woin absichten, dann mögen — a loshaft der Kapitalisten glaube die Lehrer nicht für so unwillig genau wükten von den Arbeits duffrie und gewissen Gesellschaft absichten? Was rechnet die G wimm? Erst den Leberluft, mit wohnen, nachdem die Unkosten, A hen Gebälter der Direktoren un bezahlte und Abschreibungen gen hören nicht zu jenen, welche un von Kapital eingefangen glaubt kost meinen wir, man sollte un Die Volksschule und ihre Lehre hiffen der genannten Interessen Deshalb wurde der „Vertraue Dann aber auch aus G r Schloß betrieb selbst lieg der Schularbeit verlan, daß S der Schulzeit auf das denkbar ble bleiben, weil ihr Einfluß schädig gsmäßigkeit des Unterrichts br i Tage, der der Kernarbeit von ungründlichkeit des Findlingsz zur Pflichterfüllung. Ein gebäu soll drückt auch die Bedeutung Unterrichtsfrage herab. Weber haben dann noch so stark wie kann der Schule. Der Unter in Fällen dringender Not ausfal zu dienen, wurde die Sammel Ein weiterer Grund — er ist und verdient die ernste Beacht Erfahrung vieler Lehrer, daß behörde den Kriegsverh Schule nicht die bestehende R Ewald liegt vielleicht weniger i als anderswo: der atlische Maximalerhdian, d. h. Piel auf, das in Friedenszeiten Verhältnisse erreicht werden fan Dieser Lehrplan auch heute als Ma dem die Schularbeit gemessen w jetzen ging die Sache noch hin, der ein rein stoffliches Maß ist man eine geistige Arbeit, wie i müssen. Eine geistige Arbeit t pfligsten Maßstab gemessen wer litige und sittliche Selbständigke sit nicht mit dem Lehrplan mee dennoch seine Berechtigung, abe der Dinge, besonders heute in Verhältnissen. Er wirkt wie man den Lehrer unter den B Verhältnissen immer wieder un weist und ihn darauf aufmerkfa und jenes Stoffgebiet des A behandelt habe. Dadurch wäc und der Lehrer kommt zu dem i nur allein Schulbesitzer zu t weit abgesehen.

Wenn die Brennstoffsammlun leit ist, dann soll sie du beforderte organisiert Reich und sein Herr arbeiten di begeben sich aber gegen den Ber handlungern einen Kapitalist machen. Wenn es in einer machung heißt, die Gesellschaft woin absichten, dann mögen — a loshaft der Kapitalisten glaube die Lehrer nicht für so unwillig genau wükten von den Arbeits duffrie und gewissen Gesellschaft absichten? Was rechnet die G wimm? Erst den Leberluft, mit wohnen, nachdem die Unkosten, A hen Gebälter der Direktoren un bezahlte und Abschreibungen gen hören nicht zu jenen, welche un von Kapital eingefangen glaubt kost meinen wir, man sollte un Die Volksschule und ihre Lehre hiffen der genannten Interessen Deshalb wurde der „Vertraue Dann aber auch aus G r Schloß betrieb selbst lieg der Schularbeit verlan, daß S der Schulzeit auf das denkbar ble bleiben, weil ihr Einfluß schädig gsmäßigkeit des Unterrichts br i Tage, der der Kernarbeit von ungründlichkeit des Findlingsz zur Pflichterfüllung. Ein gebäu soll drückt auch die Bedeutung Unterrichtsfrage herab. Weber haben dann noch so stark wie kann der Schule. Der Unter in Fällen dringender Not ausfal zu dienen, wurde die Sammel Ein weiterer Grund — er ist und verdient die ernste Beacht Erfahrung vieler Lehrer, daß behörde den Kriegsverh Schule nicht die bestehende R Ewald liegt vielleicht weniger i als anderswo: der atlische Maximalerhdian, d. h. Piel auf, das in Friedenszeiten Verhältnisse erreicht werden fan Dieser Lehrplan auch heute als Ma dem die Schularbeit gemessen w jetzen ging die Sache noch hin, der ein rein stoffliches Maß ist man eine geistige Arbeit, wie i müssen. Eine geistige Arbeit t pfligsten Maßstab gemessen wer litige und sittliche Selbständigke sit nicht mit dem Lehrplan mee dennoch seine Berechtigung, abe der Dinge, besonders heute in Verhältnissen. Er wirkt wie man den Lehrer unter den B Verhältnissen immer wieder un weist und ihn darauf aufmerkfa und jenes Stoffgebiet des A behandelt habe. Dadurch wäc und der Lehrer kommt zu dem i nur allein Schulbesitzer zu t weit abgesehen.

Wenn die Brennstoffsammlun leit ist, dann soll sie du beforderte organisiert Reich und sein Herr arbeiten di begeben sich aber gegen den Ber handlungern einen Kapitalist machen. Wenn es in einer machung heißt, die Gesellschaft woin absichten, dann mögen — a loshaft der Kapitalisten glaube die Lehrer nicht für so unwillig genau wükten von den Arbeits duffrie und gewissen Gesellschaft absichten? Was rechnet die G wimm? Erst den Leberluft, mit wohnen, nachdem die Unkosten, A hen Gebälter der Direktoren un bezahlte und Abschreibungen gen hören nicht zu jenen, welche un von Kapital eingefangen glaubt kost meinen wir, man sollte un Die Volksschule und ihre Lehre hiffen der genannten Interessen Deshalb wurde der „Vertraue Dann aber auch aus G r Schloß betrieb selbst lieg der Schularbeit verlan, daß S der Schulzeit auf das denkbar ble bleiben, weil ihr Einfluß schädig gsmäßigkeit des Unterrichts br i Tage, der der Kernarbeit von ungründlichkeit des Findlingsz zur Pflichterfüllung. Ein gebäu soll drückt auch die Bedeutung Unterrichtsfrage herab. Weber haben dann noch so stark wie kann der Schule. Der Unter in Fällen dringender Not ausfal zu dienen, wurde die Sammel Ein weiterer Grund — er ist und verdient die ernste Beacht Erfahrung vieler Lehrer, daß behörde den Kriegsverh Schule nicht die bestehende R Ewald liegt vielleicht weniger i als anderswo: der atlische Maximalerhdian, d. h. Piel auf, das in Friedenszeiten Verhältnisse erreicht werden fan Dieser Lehrplan auch heute als Ma dem die Schularbeit gemessen w jetzen ging die Sache noch hin, der ein rein stoffliches Maß ist man eine geistige Arbeit, wie i müssen. Eine geistige Arbeit t pfligsten Maßstab gemessen wer litige und sittliche Selbständigke sit nicht mit dem Lehrplan mee dennoch seine Berechtigung, abe der Dinge, besonders heute in Verhältnissen. Er wirkt wie man den Lehrer unter den B Verhältnissen immer wieder un weist und ihn darauf aufmerkfa und jenes Stoffgebiet des A behandelt habe. Dadurch wäc und der Lehrer kommt zu dem i nur allein Schulbesitzer zu t weit abgesehen.

Wenn die Brennstoffsammlun leit ist, dann soll sie du beforderte organisiert Reich und sein Herr arbeiten di begeben sich aber gegen den Ber handlungern einen Kapitalist machen. Wenn es in einer machung heißt, die Gesellschaft woin absichten, dann mögen — a loshaft der Kapitalisten glaube die Lehrer nicht für so unwillig genau wükten von den Arbeits duffrie und gewissen Gesellschaft absichten? Was rechnet die G wimm? Erst den Leberluft, mit wohnen, nachdem die Unkosten, A hen Gebälter der Direktoren un bezahlte und Abschreibungen gen hören nicht zu jenen, welche un von Kapital eingefangen glaubt kost meinen wir, man sollte un Die Volksschule und ihre Lehre hiffen der genannten Interessen Deshalb wurde der „Vertraue Dann aber auch aus G r Schloß betrieb selbst lieg der Schularbeit verlan, daß S der Schulzeit auf das denkbar ble bleiben, weil ihr Einfluß schädig gsmäßigkeit des Unterrichts br i Tage, der der Kernarbeit von ungründlichkeit des Findlingsz zur Pflichterfüllung. Ein gebäu soll drückt auch die Bedeutung Unterrichtsfrage herab. Weber haben dann noch so stark wie kann der Schule. Der Unter in Fällen dringender Not ausfal zu dienen, wurde die Sammel Ein weiterer Grund — er ist und verdient die ernste Beacht Erfahrung vieler Lehrer, daß behörde den Kriegsverh Schule nicht die bestehende R Ewald liegt vielleicht weniger i als anderswo: der atlische Maximalerhdian, d. h. Piel auf, das in Friedenszeiten Verhältnisse erreicht werden fan Dieser Lehrplan auch heute als Ma dem die Schularbeit gemessen w jetzen ging die Sache noch hin, der ein rein stoffliches Maß ist man eine geistige Arbeit, wie i müssen. Eine geistige Arbeit t pfligsten Maßstab gemessen wer litige und sittliche Selbständigke sit nicht mit dem Lehrplan mee dennoch seine Berechtigung, abe der Dinge, besonders heute in Verhältnissen. Er wirkt wie man den Lehrer unter den B Verhältnissen immer wieder un weist und ihn darauf aufmerkfa und jenes Stoffgebiet des A behandelt habe. Dadurch wäc und der Lehrer kommt zu dem i nur allein Schulbesitzer zu t weit abgesehen.

Wenn die Brennstoffsammlun leit ist, dann soll sie du beforderte organisiert Reich und sein Herr arbeiten di begeben sich aber gegen den Ber handlungern einen Kapitalist machen. Wenn es in einer machung heißt, die Gesellschaft woin absichten, dann mögen — a loshaft der Kapitalisten glaube die Lehrer nicht für so unwillig genau wükten von den Arbeits duffrie und gewissen Gesellschaft absichten? Was rechnet die G wimm? Erst den Leberluft, mit wohnen, nachdem die Unkosten, A hen Gebälter der Direktoren un bezahlte und Abschreibungen gen hören nicht zu jenen, welche un von Kapital eingefangen glaubt kost meinen wir, man sollte un Die Volksschule und ihre Lehre hiffen der genannten Interessen Deshalb wurde der „Vertraue Dann aber auch aus G r Schloß betrieb selbst lieg der Schularbeit verlan, daß S der Schulzeit auf das denkbar ble bleiben, weil ihr Einfluß schädig gsmäßigkeit des Unterrichts br i Tage, der der Kernarbeit von ungründlichkeit des Findlingsz zur Pflichterfüllung. Ein gebäu soll drückt auch die Bedeutung Unterrichtsfrage herab. Weber haben dann noch so stark wie kann der Schule. Der Unter in Fällen dringender Not ausfal zu dienen, wurde die Sammel Ein weiterer Grund — er ist und verdient die ernste Beacht Erfahrung vieler Lehrer, daß behörde den Kriegsverh Schule nicht die bestehende R Ewald liegt vielleicht weniger i als anderswo: der atlische Maximalerhdian, d. h. Piel auf, das in Friedenszeiten Verhältnisse erreicht werden fan Dieser Lehrplan auch heute als Ma dem die Schularbeit gemessen w jetzen ging die Sache noch hin, der ein rein stoffliches Maß ist man eine geistige Arbeit, wie i müssen. Eine geistige Arbeit t pfligsten Maßstab gemessen wer litige und sittliche Selbständigke sit nicht mit dem Lehrplan mee dennoch seine Berechtigung, abe der Dinge, besonders heute in Verhältnissen. Er wirkt wie man den Lehrer unter den B Verhältnissen immer wieder un weist und ihn darauf aufmerkfa und jenes Stoffgebiet des A behandelt habe. Dadurch wäc und der Lehrer kommt zu dem i nur allein Schulbesitzer zu t weit abgesehen.

Wenn die Brennstoffsammlun leit ist, dann soll sie du beforderte organisiert Reich und sein Herr arbeiten di begeben sich aber gegen den Ber handlungern einen Kapitalist machen. Wenn es in einer machung heißt, die Gesellschaft woin absichten, dann mögen — a loshaft der Kapitalisten glaube die Lehrer nicht für so unwillig genau wükten von den Arbeits duffrie und gewissen Gesellschaft absichten? Was rechnet die G wimm? Erst den Leberluft, mit wohnen, nachdem die Unkosten, A hen Gebälter der Direktoren un bezahlte und Abschreibungen gen hören nicht zu jenen, welche un von Kapital eingefangen glaubt kost meinen wir, man sollte un Die Volksschule und ihre Lehre hiffen der genannten Interessen Deshalb wurde der „Vertraue Dann aber auch aus G r Schloß betrieb selbst lieg der Schularbeit verlan, daß S der Schulzeit auf das denkbar ble bleiben, weil ihr Einfluß schädig gsmäßigkeit des Unterrichts br i Tage, der der Kernarbeit von ungründlichkeit des Findlingsz zur Pflichterfüllung. Ein gebäu soll drückt auch die Bedeutung Unterrichtsfrage herab. Weber haben dann noch so stark wie kann der Schule. Der Unter in Fällen dringender Not ausfal zu dienen, wurde die Sammel Ein weiterer Grund — er ist und verdient die ernste Beacht Erfahrung vieler Lehrer, daß behörde den Kriegsverh Schule nicht die bestehende R Ewald liegt vielleicht weniger i als anderswo: der atlische Maximalerhdian, d. h. Piel auf, das in Friedenszeiten Verhältnisse erreicht werden fan Dieser Lehrplan auch heute als Ma dem die Schularbeit gemessen w jetzen ging die Sache noch hin, der ein rein stoffliches Maß ist man eine geistige Arbeit, wie i müssen. Eine geistige Arbeit t pfligsten Maßstab gemessen wer litige und sittliche Selbständigke sit nicht mit dem Lehrplan mee dennoch seine Berechtigung, abe der Dinge, besonders heute in Verhältnissen. Er wirkt wie man den Lehrer unter den B Verhältnissen immer wieder un weist und ihn darauf aufmerkfa und jenes Stoffgebiet des A behandelt habe. Dadurch wäc und der Lehrer kommt zu dem i nur allein Schulbesitzer zu t weit abgesehen.

Wenn die Brennstoffsammlun leit ist, dann soll sie du beforderte organisiert Reich und sein Herr arbeiten di begeben sich aber gegen den Ber handlungern einen Kapitalist machen. Wenn es in einer machung heißt, die Gesellschaft woin absichten, dann mögen — a loshaft der Kapitalisten glaube die Lehrer nicht für so unwillig genau wükten von den Arbeits duffrie und gewissen Gesellschaft absichten? Was rechnet die G wimm? Erst den Leberluft, mit wohnen, nachdem die Unkosten, A hen Gebälter der Direktoren un bezahlte und Abschreibungen gen hören nicht zu jenen, welche un von Kapital eingefangen glaubt kost meinen wir, man sollte un Die Volksschule und ihre Lehre hiffen der genannten Interessen Deshalb wurde der „Vertraue Dann aber auch aus G r Schloß betrieb selbst lieg der Schularbeit verlan, daß S der Schulzeit auf das denkbar ble bleiben, weil ihr Einfluß schädig gsmäßigkeit des Unterrichts br i Tage, der der Kernarbeit von ungründlichkeit des Findlingsz zur Pflichterfüllung. Ein gebäu soll drückt auch die Bedeutung Unterrichtsfrage herab. Weber haben dann noch so stark wie kann der Schule. Der Unter in Fällen dringender Not ausfal zu dienen, wurde die Sammel Ein weiterer Grund — er ist und verdient die ernste Beacht Erfahrung vieler Lehrer, daß behörde den Kriegsverh Schule nicht die bestehende R Ewald liegt vielleicht weniger i als anderswo: der atlische Maximalerhdian, d. h. Piel auf, das in Friedenszeiten Verhältnisse erreicht werden fan Dieser Lehrplan auch heute als Ma dem die Schularbeit gemessen w jetzen ging die Sache noch hin, der ein rein stoffliches Maß ist man eine geistige Arbeit, wie i müssen. Eine geistige Arbeit t pfligsten Maßstab gemessen wer litige und sittliche Selbständigke sit nicht mit dem Lehrplan mee dennoch seine Berechtigung, abe der Dinge, besonders heute in Verhältnissen. Er wirkt wie man den Lehrer unter den B Verhältnissen immer wieder un weist und ihn darauf aufmerkfa und jenes Stoffgebiet des A behandelt habe. Dadurch wäc und der Lehrer kommt zu dem i nur allein Schulbesitzer zu t weit abgesehen.

Wenn die Brennstoffsammlun leit ist, dann soll sie du beforderte organisiert Reich und sein Herr arbeiten di begeben sich aber gegen den Ber handlungern einen Kapitalist machen. Wenn es in einer machung heißt, die Gesellschaft woin absichten, dann mögen — a loshaft der Kapitalisten glaube die Lehrer nicht für so unwillig genau wükten von den Arbeits duffrie und gewissen Gesellschaft absichten? Was rechnet die G wimm? Erst den Leberluft, mit wohnen, nachdem die Unkosten, A hen Gebälter der Direktoren un bezahlte und Abschreibungen gen hören nicht zu jenen, welche un von Kapital eingefangen glaubt kost meinen wir, man sollte un Die Volksschule und ihre Lehre hiffen der genannten Interessen Deshalb wurde der „Vertraue Dann aber auch aus G r Schloß betrieb selbst lieg der Schularbeit verlan, daß S der Schulzeit auf das denkbar ble bleiben, weil ihr Einfluß schädig gsmäßigkeit des Unterrichts br i Tage, der der Kernarbeit von ungründlichkeit des Findlingsz zur Pflichterfüllung. Ein gebäu soll drückt auch die Bedeutung Unterrichtsfrage herab. Weber haben dann noch so stark wie kann der Schule. Der Unter in Fällen dringender Not ausfal zu dienen, wurde die Sammel Ein weiterer Grund — er ist und verdient die ernste Beacht Erfahrung vieler Lehrer, daß behörde den Kriegsverh Schule nicht die bestehende R Ewald liegt vielleicht weniger i als anderswo: der atlische Maximalerhdian, d. h. Piel auf, das in Friedenszeiten Verhältnisse erreicht werden fan Dieser Lehrplan auch heute als Ma dem die Schularbeit gemessen w jetzen ging die Sache noch hin, der ein rein stoffliches Maß ist man eine geistige Arbeit, wie i müssen. Eine geistige Arbeit t pfligsten Maßstab gemessen wer litige und sittliche Selbständigke sit nicht mit dem Lehrplan mee dennoch seine Berechtigung, abe der Dinge, besonders heute in Verhältnissen. Er wirkt wie man den Lehrer unter den B Verhältnissen immer wieder un weist und ihn darauf aufmerkfa und jenes Stoffgebiet des A behandelt habe. Dadurch wäc und der Lehrer kommt zu dem i nur allein Schulbesitzer zu t weit abgesehen.

Wenn die Brennstoffsammlun leit ist, dann soll sie du beforderte organisiert Reich und sein Herr arbeiten di begeben sich aber gegen den Ber handlungern einen Kapitalist machen. Wenn es in einer machung heißt, die Gesellschaft woin absichten, dann mögen — a loshaft der Kapitalisten glaube die Lehrer nicht für so unwillig genau wükten von den Arbeits duffrie und gewissen Gesellschaft absichten? Was rechnet die G wimm? Erst den Leberluft, mit wohnen, nachdem die Unkosten, A hen Gebälter der Direktoren un bezahlte und Abschreibungen gen hören nicht zu jenen, welche un von Kapital eingefangen glaubt kost meinen wir, man sollte un Die Volksschule und ihre Lehre hiffen der genannten Interessen Deshalb wurde der „Ver